Von Gasumlagen und Übergewinnen

Herzlich willkommen zu einer neuen Ausgabe vom Jungen Politischen Podcast. Mein Name ist Roman und es hat seine Richtigkeit, dass ich gerade von einer "neuen Ausgabe" und nicht von einer regulären "neuen Episode" gesprochen habe, denn heute müsst ihr euch nur mit mir begnügen. Simon ist erfolgreich in Hongkong angekommen und findet sich dort gerade ein. Die Kombination aus seiner aktuellen Wohnsituation, meinem Praktikum und der Zeitverschiebung ermöglicht es uns aktuell leider nicht, zusammen eine reguläre Episode aufnehmen zu können. Da sich die politische Gemengelage rund um die Themen Übergewinnsteuer und Gasversorgung allerdings aktuell rasant zuspitzt, habe ich mich dazu entschlossen, ein klein wenig allein über die derzeitige Situation zu sprechen. Das ganz hier zählt folglich auch nicht als reguläre Episode, sondern ist eine Art Mini-Sonderausgabe. Das Ganz ist in der Form eines langen Beitrags mit Meinungsanteil gehalten. So viel zum Organisatorischen. Fangen wir an.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verursacht weiterhin unermessliches menschliches Leid. So sind beispielsweise am Donnerstag dieser Woche laut ukrainischen Angaben mindestens elf Menschen bei einem russischen Raketenangriff auf die ostukrainische Stadt Charkiw gestorben.¹ Denjenigen, die ein Interesse an der aktuellen militärischen Lage haben, empfehle ich die Front-Übersicht der Süddeutschen Zeitung, welche ihr in der zweiten Quelle meines Beitrags findet.² So groß das Leid der Menschen in der Ukraine ist, müssen wir nichtsdestotrotz auch auf die wirtschaftlichen Verwerfungen in Deutschland blicken. Denn wenn wir die drängenden Probleme in Deutschland erst dann angehen würden, wenn zuerst alles größere Leid in der Welt bekämpft worden ist, würden wir in politische Apathie verfallen. Also: Hierzulande explodieren die Gaspreise. Mussten Neukunden vor einem Jahr noch 5,7 Cent pro Kilowattstunde Gas bezahlen, liegt dieser Wert heute bei 31 Cent. Das ist mehr als eine Verfünffachung.³ Es bleibt auch weiterhin offen, ob die Gasspeicher für den anstehenden Winter ausreichend gefüllt werden können. Mitte August betrug der Füllstand gut 76 Prozent. Damit befinden wir uns minimal unterhalb des Durchschnittswerts der Vorjahre.⁴ Ob wir die letzten verbleibenden Prozentpunkte Füllstand erfolgreich meistern können, bleibt weiterhin offen. Erst am Freitag kündigte Gazprom eine weitere temporäre Abschaltung von Nord Stream 1 an.⁵

Wie dem auch sei. Eins bleibt sicher: Die immensen Gaspreise werden zu schweren sozialen Verwerfungen führen, sollte der Bund nicht ausreichend eingreifen. Über diese Thematik werde ich gleich sprechen. Zuerst wollen wir allerdings einen Blick auf die Lage von Energiekonzern wie Uniper werfen. Anders als ihre Ministerpräsidentin Sanna Marin dürften die finnischen Mehrheitseigner des Konzerns aktuell keinen Anlass für ausgiebige Freudentänze haben.⁶ Bei

¹ https://www.deutschlandfunk.de/erneut-tote-nach-beschuss-in-charkiw-und-angriffe-auf-akw-saporischschja-100.html

² https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/krieg-in-der-ukraine-wo-die-front-aktuell-verlaeuft-e898286/

³ https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Gaspreis-So-viel-kostet-die-Kilowattstunde-aktuell,gaspreis142.html#:~:text=Eine%20Kilowattstunde%20Gas%20kostet%20im,um%207%2C1%20Prozent%20gestiegen.

⁴ https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/gas-engpaesse-101.html

⁵ https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-newsblog-krim-putin-macron-1.5640324

⁶ https://www.sueddeutsche.de/panorama/sanna-marin-finnland-tanzvideo-party-party-partyvideo-video-1.5641927

dem kürzlich vorgestellten Halbjahresbericht meldete der Energiekonzern einen Verlust von satten 12 Milliarden Euro an, der perspektivisch noch steigen wird. Der Konzern Uniper, welcher immerhin der größte deutsche Gasimporteur ist, hatte auf billiges russisches Gas gesetzt und muss nun zu horrenden Summen Gas an den Weltmärkten nachkaufen, um die Lieferverträge mit seinen Kunden zu erfüllen.⁷ Zu den Kunden Unipers gehören beispielsweise mehr als tausend deutsche Stadtwerke.⁸ Folglich ist Uniper systemrelevant. Sollte der Konzern pleitegehen und seine Verträge nicht mehr erfüllen können, müssten die Stadtwerke neue Lieferanten suchen. Dies wiederum würde die Stadtwerke empfindlich treffen. Im besten Fall müssten die betroffenen Stadtwerke neue Lieferverträge abschließen und die nochmals gestiegenen Mehrkosten an die Kundinnen und Kunden weitergeben. Wie gesagt, das wäre der beste Fall. Im schlechtesten Fall finden die Stadtwerke auf die Schnelle keine neuen Lieferanten und/oder geraten selbst in die Insolvenz.⁹

Folglich ist es komplett nachvollziehbar, dass der Bund aushelfen will; ja eigentlich sogar muss. Nichtsdestotrotz lohnt sich der Blick in die Geschichte, denn der Konzern Uniper steht symptomatisch für eklatanten Lobbyismus und Fehler in der deutschen Energiepolitik. 2002 hatte der Stromkonzern E.ON Interesse daran angemeldet, den größten deutschen Gasanbieter Ruhrgas zu übernehmen. Sowohl das Bundeskartellamt als auch die Monopolkommission äußerten massive Einwände. Nichtsdestotrotz wurde der Übernahme mit Hilfe einer Ministererlaubnis über den Kopf der Wettbewerbshüter hinweg von der Regierung Schröder zugestimmt. Genauer gesagt wurde das Projekt von Wirtschaftsminister Werner Müller und seinem Staatssekretär Alfred Tacke durchgewunken. Sowohl Müller als auch Tacke wechselten kurze Zeit später in hochrangige Führungspositionen der entstandenen Unternehmen, deren Entstehen sie durch ihre umstrittene Entscheidung erst ermöglicht hatten. Ein Unternehmen, das in Folge des Zusammenschlusses entstand, ist Uniper. Der aktuelle Vorsitzende der Monopolkommission Jürgen Kühling sagt im Rückblick: "Ich glaube, das ganze Unglück - die Fehlentwicklung am Gasmarkt - ist mit dieser Ministererlaubnis für E.ON beziehungsweise Ruhrgas gestartet." So wurde nach der Akquise kaum Geld in Alternativen zu russischem Gas investiert. 10 Ich kann also komplett nachvollziehen, dass bei dieser Vorgeschichte eine breite Mehrheit der Bevölkerung die Staatshilfen in Höhe von satten 15 Milliarden Euro eher mürrisch aufnehmen wird. Allerdings bleibt Uniper nun einmal systemrelevant. 11

Zu Finanzierung der Hilfsmilliarden, die nicht nur an Uniper gehen werden, hat die Ampel-Koalition die Einführung einer Gasumlage ab Oktober beschlossen. Diese soll 2,419 Cent pro Kilowattstunde zusätzlich zu den aktuell ohnehin hohen Gaspreisen betragen. Bei einem Musterhaushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden wären dies zusätzliche 576 Euro pro Jahre inklusive 19-Prozent Mehrwertsteuer. Nachdem die aussichtlose Bitte des Bundesfinanzministers Christian Lindner an die EU-Kommission, eine Mehrwertsteuerausnahme auf die Umlage zu erlauben, - wie erwartet – scheiterte, entschied

-

⁷ https://www.sueddeutsche.de/panorama/sanna-marin-finnland-tanzvideo-party-party-partyvideo-video-1 5641927

⁸ https://www.swp.de/panorama/uniper-bundesregierung-rettungspaket-gas-kunden-65617953.html

 $^{^9\,}https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/steigende-gas-preise-verluste-bei-uniper-weiten-sich-aus-18255351.html$

¹⁰ https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-gaskrise-blick-zurueck-101.html

¹¹ https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-rettungspaket-staatshilfe-101.html

sich die Ampel-Koalition dazu, die Mehrwertsteuer gleich für den gesamten Gastverbrauch von 19 auf 7 Prozent zu senken. ¹² Damit beläuft sich die Gasumlage für den Musterhaushalt nun nur noch auf 518 Euro pro Jahr. Da die Mehrwertsteuersenkung allerdings für den gesamten Gasverbrauch zählt, verringern sich die Kosten insgesamt um 433 Euro. 13 14 Der Ökonom Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung kritisiert die Mehrwertsteuersenkung als nicht zielgenau und wirft der Bundesregierung Planlosigkeit vor: "Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas in Deutschland klingt erst einmal gut, lässt aber eher vermuten, dass die Bundesregierung keine Strategie hat, wie sie Menschen zielgenau entlasten kann und Anreize für Einsparungen setzen will. Denn die Bundesregierung gibt an, dass die finanzielle Entlastung durch die geringere Mehrwertsteuer in etwa die höheren Kosten durch die Gasumlage kompensiert. Es ist nicht klar, wieso die Bundesregierung die Gasumlage an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergibt, um sie dann mit einer weiteren Maßnahme, der Senkung der Mehrwertsteuer, um den gleichen Betrag zu entlasten. Es stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Bundesregierung hätte die Gasumlage selber bezahlt und nicht mit diesen zwei Maßnahmen lediglich zusätzliche Bürokratie und Unsicherheit geschaffen."¹⁵

Des Weiteren sprach sich der Ökonom für ein Energiegeld von 100 Euro pro Monat für einen Zeitraum von 18 Monate an Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen aus. ¹⁶ Ich persönlich favorisiere ja einen Zuschuss, der mit der Einkommensteuer verrechnet wird und deshalb progressiv wirkt. Andere Unterstützungsbedürftige müssen über Wohngeld, Rente und Bafög-Satz erreicht werden. ¹⁷

Die Ökonomen Sebastian Dullien und Isabella Weber setzen dahingegen auf einen Gaspreisdeckel. So schreiben sie in ihrem Leitartikel für die Zeitschrift Wirtschaftsdienst Folgendes zu dem Konzept eines Gaspreisdeckels: "Bei einem solchen Konzept wäre für einen bestimmten Sockel an Kilowattstunden, die ein Haushalt verbraucht, eine Preisobergrenze eingezogen. Denkbar wären als Eckwerte 8000 KWh pro Jahr, was etwa dem halben Gasverbrauch in einer durchschnittlichen 100 Quadratmeter-Wohnung entspricht, und für diese Energie ein Höchstpreis von 7,5 Cent pro KWh, was etwa dem Preis Ende 2021 entspräche.

(...) Eine solche Maßnahme hätte gleich eine Reihe von Vorteilen: Sie würde zielgenau jene Haushalte entlasten, die mit Gas heizen und derzeit einen außergewöhnlichen Anstieg der Heizkosten erleben. Haushalte mit kleineren Wohnungen (und damit geringerem Verbrauch) würden prozentuell stärker entlastet als jene mit größeren Wohnungen. Gleichzeitig würde diese Maßnahme die Inflationsrate drücken[.] (...) Die Begrenzung des Preisdeckels auf 8000

¹² https://www.handelsblatt.com/politik/international/gasumlage-brief-an-lindner-eu-kommissar-gentilonimacht-vier-entlastungsvorschlaege-fuer-gaskunden/28605886.html

https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/faq-mehrwertsteuer-gas-umlage-kosten-101.html
https://www.deutschlandfunk.de/gasumlage-womit-verbraucherinnen-und-verbraucher-rechnen-muessen-offene-fragen-100.html

 $^{^{15}\,}https://www.diw.de/de/diw_01.c.850022.de/mehrwertsteuer-$

 $senkung \ ist_keine_zielgenaue_entlastung__direkte_transferzahlungen_waeren_besser.html$

 $^{^{16}\} https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hohe-energiepreise-oekonomen-fordern-energiegeld-bundesregierung-muss-mittelschicht-dringend-entlasten/28604924.html$

¹⁷ https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hohe-energiepreise-oekonomen-fordern-energiegeld-bundesregierung-muss-mittelschicht-dringend-entlasten/28604924.html

verbrauchte Kilowattstunden hat auch den Vorteil, dass der Anreiz zum Energiesparen durch die höheren Gaspreise bestehen bleibt."¹⁸

Wie man das Blatt auch dreht und wendet, muss festgehalten werden, dass der Bund große finanzielle Summen wird aufbringen müssen. Eine häufig genannte Finanzierungsquelle für diese Zahlungen ist die Einführung einer Übergewinnsteuer. Schließlich haben Energieriesen wie BP, Chevron und Exxon ihre Gewinne seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs verdoppelt und teilweise sogar verdreifacht. Auch RWE hat seine Gewinnprognose von vier auf fünfeinhalb Milliarden Euro angehoben.

Eine solche Steuer wurde beispielsweise in Italien schon im März dieses Jahres eingeführt. Die Zielunternehmen der Steuer sind Energiekonzerne, die von den drastisch steigenden Ölund Gaspreisen profitiert haben. Der Steuersatz beträgt 25 Prozent und soll Einnahmen von mehr als neun Milliarden Euro generieren. Allerdings haben sich einige italienische Energieunternehmen geweigert, eine bis Juni anstehende Anzahlung zu bezahlen. ¹⁹ Die EU-Kommission hatte die Einführung einer Übergewinnsteuer öffentlich nahgelegt und Länder wie Spanien, Belgien, Österreich und Frankreich verfolgen aktuell schon Pläne, diesen Vorschlag umzusetzen. ²⁰ Auch Großbritannien hat vorgelegt. Dortige Öl- und Gasproduzenten müssen nun nicht mehr 40, sondern 65 Prozent Steuern bezahlen. ²¹

Ein häufiger Kritikpunkt in der deutschen Debatte moniert, dass die Einführung einer Übergewinnsteuer die Büchse der Pandora im Hinblick auf die Aneignung von exzessiven Gewinnen öffnen könnte. Innovative Unternehmen würden dafür bestraft werden, den Konsumentinnen und Konsumenten ein beliebtes Produkt zu verkaufen. Häufig wird das Beispiel BioNTech genannt. Das Unternehmen hatte durch seine innovativen Impfstoffe Milliardengewinne gemacht. Allerdings hinkt dieser Vergleich meiner Meinung nach enorm, da BioNTech ins finanzielle Risiko gegangen ist und tatsächlich innovativ war. Dahingegen war dies bei den Energiekonzernen nicht der Fall. Diese haben einfach ihr altbekanntes Geschäftsmodell fortgesetzt und ihre Übergewinne fast ausschließlich auf Grund der Energiekriese verzeichnen können.²²

Der Einführung einer Übergewinnsteuer könnten in Deutschland – wie sollte es anderes sein – juristische Hürden im Weg stehen. Till Meickmann von der Universität Passau argumentiert, dass eine Übergewinnsteuer gegen den Gleichheitssatz des Grundgesetzes verstoßen würde. Dieser Satz besagt, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss. Für dieses Prinzip gebe es drei vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Ausnahmen. Sogenannte Lenkungszwecke, Vereinfachungszwecke und Steuermissbrauchvermeidungszwecke. Keine dieser Ausnahme würde im Falle einer Übergewinnsteuer Anwendung finden. ²³ ²⁴ ²⁵ Die taz-Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann

¹⁸ https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/3/beitrag/mit-einem-gaspreisdeckel-die-inflation-bremsen.html

¹⁹ https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/italien-milliarden-aus-uebergewinnsteuer-fehlen-1.5632542

²⁰ https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uebergewinnsteuer-109.html

 $^{^{21}\} https://www.wiwo.de/politik/europa/energiekonzerne-taugt-grossbritanniens-uebergewinnsteuer-alsvorbild/28406708.html$

²² https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-17-august-2022-100.html

²³ https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uebergewinnsteuer-rechtslage-konzerne-101.html

 $^{^{24}\,}https://www.bundestag.de/resource/blob/838958/eaa79ffafc735d702c68efccc5c12d40/WD-4-023-21-pdf-data.pdf$

²⁵ https://www.bpb.de/kurz-knapp/deine-taegliche-dosis-politik/509412/steuern-fuer-krisenprofiteure/

macht dieses Argument etwas plastischer. Auch Hersteller von Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen sowie die deutschen Autokonzerne erfreuen sich aktuell an Extra-Gewinnen. Will man die Energiekonzerne zusätzlich besteuern, müsste man auch diese Branchen belasten.²⁶

Die Einführung einer Übergewinnsteuer dürfte also in Deutschland alles andere als trivial sein. Wenn Lindner an der Schuldenbremse festhalten und möglicherweise auch noch seine regressiven Steuersenkungen durchsetzen will, sehe ich auch für eine ausreichende Unterstützung der unteren und mittleren Einkommen bei der Bewältigung der horrenden Gasrechnungen schwarz. Wenn wir ehrlich sind, ist dies allerdings nicht so überraschend wie es einige auf Twitter und anderen Kanälen darstellen. Schließlich sind Lindner und seine FDP genau dafür gewählt worden. In diesem Sinne macht Lindner einen guten Job.

_

²⁶ https://taz.de/Debatte-ueber-Uebergewinnsteuer/!5871881/